



Wissen. Wirkung. Werte.

Corona-Newsletter IV | 23. März 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

der heutige Tag wird in die deutsche Geschichte eingehen als der Tag, an dem beispiellose Soforthilfen für Wirtschaft und Verbraucher durch das Bundeskabinett verabschiedet wurden, um einen kompletten Kollaps der deutschen Wirtschaft zu verhindern. Sogar die umstrittene, aber immer wieder auch für unantastbar erklärte schwarze Null wird dafür in Frage gestellt. Dafür muss der Bundestag noch Artikel 115 des Grundgesetzes – die sogenannte Schuldenbremse – lösen.

Insgesamt wurde heute eine derartige Vielzahl an Vorschriften durch das Bundeskabinett gewunken, dass wohl einige den Überblick verloren. Zahlreiche Regelungen treffen die Wirtschaft, die die damit verbundenen zusätzlichen wirtschaftlichen Risiken am Ende wohl nur durch den Zugang zum Rettungsschirm meistern kann. Die Versuche, kurzfristig zu intervenieren, hatten bisher begrenzten Erfolg.

Zwei Beispiele: Die Wohnungswirtschaft konnte den Zeitraum für die Aussetzung von Mietzahlen auf April bis Juni 2020 begrenzen und auch die Rückzahlungsfrist auf den 30. Juni 2022 vorziehen. Die Energiewirtschaft dagegen scheiterte, in den Katalog der Bundesregierung als Grundbedürfnis der Allgemeinheit im Rahmen der Daseinsvorsorge anerkannt zu werden. Damit haben Energieversorger weiterhin keine garantierte Gegenleistung in Form von Zahlungen.

Das Kabinett beschloss zudem, dass Unternehmen wie Vereine ihre Haupt- und Jahresversammlungen ab sofort auch online abhalten dürfen. Arbeitsminister Heil erklärte zudem in einer offiziellen Ministererklärung, dass, entgegen des Betriebsverfassungsgesetzes, Betriebsräte nun auch mit Hilfe von Video- und Telefonkonferenzen die Beschlussfähigkeit des Betriebsrats gewährleisten können. Selbst das Europäische Parlament bereitet seine erste digitale Sitzung mit Abstimmungen via Mail vor. Grund für uns, Ihnen Wege zu zeigen, wie Sie die kommenden Wochen öffentliche, aber auch vertrauliche Stakeholderformate digital umsetzen können (finden Sie [hier](#) unseren Artikel dazu).

Das IAB hat seine Prognose für die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in 2020 drastisch nach oben korrigiert und sieht erstmals wieder die Zahl von drei Mio. Arbeitslosen in Deutschland. Inzwischen ist auch klar, dass die deutsche Wirtschaft massenweise vom Instrument der Kurzarbeit Gebrauch machen wird. Werk für Werk wird mittlerweile stillgelegt. Die Strommengen und die Strompreise gehen in den Keller. Kraftwerksbetreiber beklagen Millionenverluste. Der ETS Preis schloss heute bei knapp 16 Euro und damit rund 1/3 unter dem CO₂-Preis vom 11. März 2020.

Für viele Unternehmen stellen sich damit ganz neue Herausforderungen auch in der internen Kommunikation. Nachdem sie sich in den letzten Jahren einen Überbietungswettbewerb im Kampf um die besten Nachwuchsköpfe boten, haben sie es mit einer Generation in ihren Unternehmen zu tun, für die Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, wirtschaftliche Schwierigkeiten, Angst um die eigene Zukunft völlig fremd sind. Zum ersten Mal muss diese Generation erleben, dass ein Arbeitsmarkt unter Druck kommt. Da wir zunehmend zum Thema Kurzarbeit konsultiert werden, haben wir für Sie in einem [Beitrag](#) zusammengefasst, welche Punkte man auf keinen Fall bei der unternehmensinternen Kommunikation zum Thema Kurzarbeit unterschätzen sollte.

Zu guter Letzt möchten wir uns bei Ihnen entschuldigen, sollte Sie der Newsletter von vergangendem Freitag nicht erreicht haben – die Software hat uns ein Schnippchen geschlagen - und Sie darauf hinweisen, dass Sie unsere Newsletter nun auch jederzeit in unserem [Archiv](#) abrufen können.

Mit den besten Grüßen

Johanssen+Kretschmer Strategische Kommunikation GmbH

Redaktion: Heiko Kretschmer, Clara Ruthardt, Leon Kallus, Jonas Rautenberg, Anika Lange, Timo Bovi, Vera Weidmann



LAGE IN DEUTSCHLAND

Lange war der Streit um die schwarze Null eines der kontroversesten Themen im politischen Deutschland; doch wegen der Coronakrise ist nun alles anders. Die schwarze Null wird für das heute vom Bundeskabinett vorgestellte Multimilliarden-Hilfspaket abgeräumt. Schon diese Woche soll das Maßnahmenpaket von Bundestag und -rat verabschiedet werden.

Die Aussichten für die deutsche Wirtschaft sind düster; da sind sich ifo-Institut und Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) einig. Im schlimmsten Fall könnte die Wirtschaft um bis zu 20,6% einbrechen. Doch trifft es nicht alle Branchen gleich hart: Vor allem Gastronomen, Einzelhändler, die keine Supermärkte sind, und die Reisebranche müssen in einer Rezession um ihre Existenz fürchten.

Doch es gibt auch gute Nachrichten: Die Netzkapazitäten scheinen den vielen Heimarbeitern Stand zu halten, sagt Digitalstaatsministerin Dorothee Bär. Außerdem ist die Bargeldversorgung gesichert. Zwar schließen etliche Filialen, doch müssen sich die Bürger laut Bundesbank keine Sorgen machen, bald vor leeren Geldautomaten zu stehen.



POLITIK



Das Bundeskabinett stellt Multimilliarden-Paket für die Wirtschaft vor

In der Corona-Krise hat der Bund ein beispielloses Hilfspaket verabschiedet, mit dem er Familien, Mieter, Beschäftigte, Selbstständige und Unternehmen unterstützt. Das Kabinett beschloss gleich mehrere große Schutzschirme und umfangreiche Rechtsänderungen. Damit die Hilfen rasch

ankommen, soll im Schnellverfahren bereits am Mittwoch der Bundestag und am Freitag der Bundesrat den Maßnahmen zustimmen. ([Spiegel Online](#))

Die Bundesregierung bringt für das Hilfspaket gewaltige Summen auf. Nach sechs Jahren ohne neue Schulden fällt die schwarze Null im Bundeshaushalt: Das Kabinett beschloss einen Nachtragshaushalt mit einer Neuverschuldung von rund 156 Milliarden Euro. Dafür soll der Bundestag am Mittwoch eine Notfallregelung in der Schuldenbremse in Kraft setzen. Des Weiteren soll der Bundestag einem Entwurf von Gesundheitsminister Spahn zustimmen, in welchem dem Bund zum einen mehr Kompetenzen in der Seuchenbekämpfung zugesprochen werden und zum anderen Kliniken mehr Geld bekommen sollen, wenn sie durch die Verschiebung von Behandlungen und Operationen freie Betten schaffen. ([SZ](#))

Zudem: KfW-Sonderprogramm 2020 für die Wirtschaft startet heute

Heute geht das neue KfW-Sonderprogramm 2020 an den Start. Es steht sowohl kleinen, mittelständischen Unternehmen als auch Großunternehmen zur Verfügung. Die Kreditbedingungen wurden nochmals verbessert. Niedrigere Zinssätze und eine vereinfachte Risikoprüfung der KfW bei Krediten bis zu 3 Mio. Euro schaffen weitere Erleichterung für die Wirtschaft. Eine höhere Haftungsfreistellung durch die KfW von bis zu 90 Prozent bei Betriebsmitteln und Investitionen von kleinen und mittleren Unternehmen erleichtern Banken und Sparkassen die Kreditvergabe. Die verbesserten Bedingungen werden durch das Temporary Framework der Europäischen Kommission zum Beihilferecht ermöglicht, das am 19. März 2020 in Kraft getreten ist. ([BMW](#))

Bundesregierung: Netze verkraften zunehmenden Datenverkehr problemlos

Die für Digitalisierung zuständige Ministerin Dorothee Bär versichert, die Netzkapazitäten reichten aus. Man sei gut gerüstet, auch dank des DE-CIX in Frankfurt. "Wenn eine Videokonferenz mal nicht funktioniert, liegt das nicht zwingend an den Netzen, sondern oft an den für so hohe Belastungen nicht ausgelegten IT-Systemen der Unternehmen wie etwa mangelnden Serverkapazitäten." so Bär. ([heise](#))

Mit ausreichend Kräften die Ernten sichern

Der Bundesverband der Maschinenringe e. V. startet gemeinsam mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Online-Plattform www.daslandhilft.de. Die Plattform stellt den Kontakt zwischen Landwirten und Bürgerinnen und Bürgern her, deren bisheriger Erwerb aufgrund der Corona-Krise weggefallen ist, um sie für Pflanz- und Erntearbeiten in der Landwirtschaft zu vermitteln. Ziel ist eine schnelle, kostenlose sowie vor allem zuverlässige Hilfe und Vermittlung von Menschen, die Hilfe brauchen und die Hilfe bieten ([BMEL](#)).



Düstere Aussichten für deutsche Wirtschaft

Das Münchner Ifo-Institut [hat berechnet](#), wie sich die [umfangreichen Maßnahmen](#) im Kampf gegen das Coronavirus volkswirtschaftlich auswirken. Demnach könnten die Folgen der Pandemie Deutschland mehr als eine halbe Billion Euro und mehr als eine Million Jobs kosten.

"Die Kosten werden voraussichtlich alles übersteigen, was aus Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bekannt ist", sagte Ifo-Präsident [Clemens Fuest](#). "Je nach Szenario schrumpft die Wirtschaft um 7,2 bis 20,6 Prozentpunkte. Das entspricht Kosten von 255 bis 729 Milliarden Euro.

Diese Erwartungen decken sich mit Prognosen des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), der sich im Detail mit den dramatischen Folgen etwa für die Autoindustrie beschäftigt ([Spiegel.de](#)).

Vier Branchen trifft es besonders hart

Die WirtschaftsWoche analysiert, welche Branchen besonders hart von einer Rezession betroffen wären: „Dazu zählen neben der Autoindustrie auch der Einzelhandel mit Nonfood-Produkten wie Bekleidung, die komplette Gastronomie sowie die Reise- und Veranstaltungsbranche von Hotels und Fluglinien bis hin zu Messebauern“, sagt der Insolvenzberater Lucas Flöther.

Selbst wenn sich die Lage in einigen Wochen wieder bessert, dürften nicht alle Branchen einen Aufholeffekt spüren. „Wer jetzt auf den Kauf eines neuen Sofas verzichtet, wird das später nachholen“ und „wer ein neues Gebäude bauen lässt, wird das irgendwann fortsetzen“, sagt Sanierungsexperte Peeters. „Aber Flugreisen, Events und Tagungen, oder auch nur einen Kneipenabend werden die Konsumenten nicht eins zu eins nachholen“ ([WirtschaftsWoche](#)).

IAB prognostiziert 2,36 Millionen Arbeitslose infolge der Corona-Krise

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hält in ihrer "Vorausschau" fest, dass ein Teil der Wirtschaftstätigkeit zunächst für sechs Wochen ausfällt und dann über einen ebenso langen Zeitraum zur Normalität zurückkehrt. In diesem Szenario ist mit etwa 2,36 Millionen Arbeitslosen zu rechnen. Das wären rund 90.000 mehr als 2019. Die Zahl der Erwerbstätigen werde bei rund 45,25 Millionen stagnieren. ([WELT](#))

Energieversorgungsunternehmen bislang nicht durch Bundesregierung berücksichtigt

Mehrere große Energieversorgungsunternehmen (EVUs) setzen sich in einem Positionspapier dafür ein, dass die zuverlässige Versorgung mit Energie (Strom, Gas und Wärme) als Grundbedürfnis der Allgemeinheit im Rahmen der Daseinsvorsorge anerkannt wird. Energieversorgung müsse jederzeit die Möglichkeit haben, zivilrechtliche Verträge mit ihren Kunden abzuschließen und dafür auch garantiert eine Gegenleistung in Form von Zahlungen bzw. der Begleichung der entsprechenden Abrechnungen zu erhalten. Hintergrund ist, dass die Bundesregierung heute qua Kabinettsbeschluss

ein Zahlungsmoratorium ermöglicht hat, das u. a. auch ein Leistungsverweigerungsrecht der Kunden von Energieversorgungsunternehmen ermöglicht. Nur sog. Grundbedürfnisse der Allgemeinheit wie etwa die Lebensmittelversorgung wurden von diesem Moratorium ausgenommen. Die Energiewirtschaft fehlt bislang auf der Liste der entsprechend vom Moratorium ausgenommenen systemrelevanten Branchen.

Bedeutende EVUs weisen darauf hin, dass ein Abflauen der Einnahmen infolge der Nutzung dieser Moratoriumsoption durch die Kunden dazu führen könne, dass die Versorger infolge des Abreißen ihres Cash-Flows ihrem Versorgungsauftrag nicht mehr ohne weiteres nachkommen könnten. Es werde also ein Ausfallrisiko für die kritische Energieinfrastruktur geschaffen.

Nach Ansicht der EVUs sollte ein staatlicher Rettungsfonds direkt und unmittelbar die Rechnungen der EVUs ihrer Kunden begleichen, um den liquiden Mittelfluss im Energiewirtschaftssystem sicherzustellen. Im Gegenzug würden die EVUs ihre Forderungen an diesen Fonds abtreten und ihrerseits für den Fonds das Inkasso betreiben. (JK)

Deutsche Banken im Dilemma

Die Kanzlerin ringt sich zur Fernsehansprache durch und mahnt, Sozialkontakte zu vermeiden. Das Coronavirus hat Deutschland fest im Griff. Um den Zugang zu Bargeld muss man sich laut Bundesbank aber nicht sorgen. Allerdings schließen verschiedene Banken Filialen vorübergehend. Denn auch sie sind natürlich dem Schutz ihrer Mitarbeiter verpflichtet.

Die Versorgung mit Bargeld sowie alle weiteren Finanzdienstleistungen sind dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) zufolge während der Coronavirus-Krise jedoch sichergestellt. "Die Bargeldversorgung und die Zahlungssysteme sind und bleiben funktionsfähig", versicherte DSGV-Präsident Helmut Schleweis am Montag in Berlin ([Focus Online](#)).



LAGE GLOBAL

Alleingänge in der Krise helfen nicht und wie das vergangene Wochenende zeigt, orientieren sich auch die Staaten vermehrt daran. Während die USA und Großbritannien ihre unvorsichtige Haltung dem Virus gegenüber aufgeben und immer weitere Maßnahmen verhängen, ruft Russland zu stärkerer Zusammenarbeit auf. Digitale Technologien sind in der aktuellen Situation der Schlüssel, um sich arbeitsfähig zu halten und können explizit bei der Eindämmung der COVID-19-Pandemie helfen. Allerdings gilt es dabei ein besonderes Augenmerk auf Menschenrechte zu haben, um sich nach der Krise nicht in einer Welt mit schwer rückgängig machbaren Überwachungsmethoden wiederzufinden.



POLITIK



Die Arbeit in der EU wird digitalisiert

Die Arbeit des Rates der Europäischen Union in dieser Woche wird im digitalen Raum stattfinden. Geplante Sitzungen und Verhandlungen auf Ministerebene werden als Telefon- oder

Videokonferenzen durchgeführt. ([PM](#)) Auch das EU-Parlament, das am 26.03.2020 eine außerordentliche Plenarsitzung durchführt (JK berichtete in Newsletter III vom 20.03.2020), wird seine Sitzung quasivirtuell umsetzen. Dazu werden erstmal Abstimmungen per E-Mail zugelassen. Im Fokus steht die Billigung der Corona-Notmaßnahmen der EU-Kommission. ([RND](#))

Hilfspaket in den USA

Der US-Senat hat am Sonntag über ein Corona-Hilfspaket des Präsidenten zur Rettung der Wirtschaft abgestimmt. Die Maßnahmen umfassen Milliardenhilfen. Allerdings warfen die Demokraten den Republikanern vor zu wenig Geld für Krankenhäuser, medizinische Ausrüstung und Personal im Gesundheitswesen geplant zu haben, weswegen sie gegen den Vorschlag stimmten. Bis zu einer erneuten Abstimmung am Montag wollen die Parteien jedoch eine Einigung erzielen. ([Spiegel](#))

EU-Kommission genehmigt staatliche Beihilfen

Vergangenen Donnerstag (19.03.2020) hat die EU-Kommission einen befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft ([weitere Informationen](#)) erlassen. Vor diesem Hintergrund wurden in den vergangenen Tagen mehreren Mitgliedsländern, darunter Deutschland, Portugal, Italien, Frankreich und Dänemark, verstärkte Unterstützung der heimischen Wirtschaft gestattet. Die Pläne umfassen dabei u. a. Hilfeleistungen für KMUs oder die Herstellung medizinischer Ausrüstung ([PM](#))

Italien erhält Hilfe aus Russland

Bei einem Telefonat am Samstag hatte Kremlchef Wladimir Putin Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte Hilfen zugesagt. Russland schickt nun medizinische, technische und personelle Unterstützung nach Italien. ([Tagesschau](#)). Neun Militärflugzeuge mit Personal und Ausrüstung sind bereits in Italien angekommen. Am heutigen Montag hat Kremlsprecher Dmitri Peskow außerdem zu einer engeren internationalen Zusammenarbeit aufgerufen, da kein Land alleine diese Krise bewältigen könne ([RND Newsfeed 23.03.2020 12:43 Uhr](#))

Warnung der New York Times vor Folgen einer Verstärkten Überwachung

Vielen Ländern greifen zu verstärkten Sicherheitsmaßnahmen, um die Ausbreitung des Coronavirus einzuschränken, dabei werden auch auf weitreichende Überwachungsmaßnahmen zurückgegriffen. In Asien beispielsweise nutzt Süd-Korea Informationen von Aufzeichnungen aus Überwachungskameras, Standortdaten von Handys und das Bezahlen mit Kreditkarten, um die Bewegungen von Corona-Patienten nachzuvollziehen. In Europa werde in Italien Standortdaten genutzt, um zu verfolgen wie viele Menschen den Ausgangssperren folgen, um nur wenige Beispiele zu nennen. Es bestehe das Risiko, dass damit eine Tür zu langanhaltender stärkerer Überwachung aufgestoßen wird. ([NYT](#))



USA vereinen ihre Supercomputer-Kräfte im Kampf gegen die Corona-Pandemie

Unter Leitung der US-Regierung haben sich die mächtigsten Technologieunternehmen der USA zum "Covid-19-High-Performance Computing Consortium" zusammengeschlossen, um der Forschung Cloud- und Supercomputer-Rechenkraft in noch nie da gewesenem Ausmaß zur Verfügung zu stellen. Unter ihnen sind Microsoft, Google, Amazon und IBM, die Nasa und das Massachusetts Institute of Technology. Dazu stellt das US-Energieministerium seine Kapazitäten zur Verfügung, das einige der stärksten Supercomputer-Systeme der Welt kontrolliert. ([n-tv](#))

Gemeinsame Corona-Anleihen gegen neue Schuldenkrise

Portugals Notenbankchef Carlos Costa hat die Regierungen der Euro-Länder dazu aufgerufen, als Antwort auf die Virus-Krise gemeinsame Corona-Anleihen zu erwägen, um eine neue Schuldenkrise zu verhindern. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte sich am Freitag offen für die Idee gemeinsamer Anleihen der Euro-Staaten gezeigt. ([Reuters](#))

Italien steuert auf Rezession ungenauen Ausmaßes zu

Italien steht wegen der Coronavirus-Pandemie vor einer Rezession. Der Internationale Währungsfonds sagte am Freitag dem ohnehin chronisch wachstumsschwachen Land in diesem Jahr ein Minus von 0,6 Prozent voraus. Das Finanzministerium in Rom ist Insider zufolge deutlich pessimistischer. Hier wird damit gerechnet, dass die Wirtschaftsleistung sogar um rund drei Prozent schrumpft. ([Reuters](#))

WAS SONST NOCH PASSIERT



Ausblick der Rentenkommission

Ende dieser Woche soll die Rentenkommission der Bundesregierung in einem Abschlussbericht ihre Empfehlungen für das deutsche Rentensystem vorlegen. Kritisch ist insbesondere die Zeit nach 2025, wenn geburtenstarke Generationen in Rente gehen und das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern sich weiter verschieben wird. Ein Vorschlag der Kommission ist es, neue Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung aufzunehmen, berichtet die FAZ. ([FAZ](#))

Digitalisierung deutscher Kommunen

Die Initiative Stadt.Land.Digital des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie stellt ihre Studie „Update Digitalisierung“ vor. Die Studie liefert wichtige Erkenntnisse zu Stand und Umsetzung von Digitalisierungsstrategien auf kommunaler Ebene. Die Notwendigkeit des digitalen Wandels ist erkannt worden und dennoch stellt die Realisierung technischer Lösungsansätze weiterhin eine Herausforderung dar. Das Fazit ist positiv, aber weiter verbesserungswürdig. ([BMWi](#))

Erdbeben in Kroatien

Die kroatische Hauptstadt Zagreb ist am gestrigen Sonntagmorgen durch zwei Erdstöße erschüttert worden. Mehrere Menschen wurden verletzt, schwere Schäden entstanden unter anderem in der Altstadt Zagrebs, wo ein Turm der berühmten Kathedrale beschädigt wurde. Mit einer Stärke von 5,4 und 5,0 waren es die schwersten Erdbeben, die das Land seit 140 Jahren erlebt hat. ([SZ](#))

Olympische Spiele 2020 auf der Kippe

Als erste Länder verkünden Kanada und Australien keine Athleten zu den diesjährigen Olympischen Sommerspielen nach Tokio schicken zu wollen. Nach massivem Druck, auch aus Deutschland, prüft das Internationale Olympische Komitee (IOC) unter Thomas Bach nun alternative Szenarien. Die Spiele sind für den Zeitraum zwischen dem 24. Juli und dem 9. August dieses Jahres geplant. ([IOC](#)) ([ntv](#))